

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Um amtlichen Zeitungs-Berichtsblatt unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Saale-Zeitung.

werden die Ehegatten Kolonialgeld über deren Mann mit 20 Pfg. leicht auf Post mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Anzeigenschriften und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Ml. Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Redaktion und Druck: Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandbühlstraße 17; Verlagsdirektion: Markt 24.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

Nr. 129.

Halle a. S., Sonnabend, den 16. März, 1912.

1912.

„West-Ostliches“ in Afrika.

Von Dr. Arning. Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Am 26. Februar 1912 erklärte der Pfiff der ersten Lokomotive in Tabora. Ein Ereignis, das längst hätte eintreten müssen, wenn die deutsche Volkserziehung rechtzeitig über die Kolonien mit einem Mindestmaß von Erkenntnis gegenüberstanden hätte. Aber doch, wieweil eine Entwicklung der Dinge, wenn man sich eine noch nicht gar zu fern liegende Zeit in das Gedächtnis ruft! Stantens romantische Erlebnisse, die er in seinem Buche „How I found Livingstone“ schildert, trachten zuerst die größte Handelszentrale Innerafrikas in den Geschäftskreis europäischer Beachtung. Darüber sind noch nicht vierzig Jahre vergangen. Wenig mehr als zwei Jahrzehnte, seit die deutsche Verwaltung dort festen Fuß faßte. Zuerst vorsichtig und tastend, bald im harten und erfolgreichen Kampfe um die Herrschaft mit dem Sultan Siffi. Er erlag dem Angriff des Hauptmanns v. Prince im Jahre 1894. Hier und da gab es noch einige feindliche Bewegungen zu überwinden, doch waren sie unwesentlich, wenn man bedenkt, daß die Bewohner jenes Gebietes, die Bantjamasse, den tüchtigsten, energiegelichsten Stamm der Kolonie darstellen. Stark an Körperbau, geübt zum Kampfe und das beste indländische Material für die Ergänzung der Schutztruppe.

Früher in sich uneins, hat im Laufe der letzten Jahre ein Aneinandererschließen der einzelnen Splitter der Bevölkerung stattgefunden, hervorgerufen durch die Einwirkung der deutschen Herrschaft, die den Stammesfeind ein Ende machte und die feindlichen Volksgenossen zu gemeinsamer friedlicher Arbeit auf den Pflanzungen des Küstengebietes zusammenführte.

Dieser Zusammenschluß ist eine notwendige und unvermeidbare Folge unserer zivilisatorischen Arbeit, kann zugleich auch eine Quelle dauernder Gefahr für unsere Herrschaft werden. Mehr als 100 000, vielleicht 200 000 kriegerische Männer vermag dieser eine Stamm aufzubringen; darunter ein gewisser Prozentsatz ehemaliger Soldaten der Schutztruppe, die als Führer der vereinigten Massen dienen könnten. Eine gar nicht zu ermahnende Gefahr, da die große Menge der Schutztruppe aus Bantjamasse besteht, deren Zuverlässigkeit, wenn sie gegen ihre geschloffenen auftretenden Landesteile geführt werden sollten, doch kaum über alle Zweifel feststehen dürfte.

Einmal schon zogen Wölken sich drohend zusammen, als 1905 der große Aufstand den Süden der Kolonie überflutete. Fast ein Zufall ist es gewesen, daß uns damals das Uebergreifen der Bewegung auf die Gegend von Tabora erspart blieb. Trat es ein, so wäre Ostafrika, wenn überhaupt, nur wieder zu gewinnen gewesen unter Anwendung von Kosten, die an denen des südafrikanischen Krieges nicht hätten gemessen werden können.

Wir hätten in einem rein tropischen Gebiete ohne Bahn, ohne die Möglichkeit, Posten zu verwenden zu können, ohne Ergänzungsquellen für landfremde farbige Soldaten den Kampf aufnehmen müssen gegen A m e r i c a n s u n d e r t a u s e n d e n s c h w a r z e r G e n e r e, nur aufnehmen können mit Soldatenmaterial aus der Heimat. Nur wer es aus eigener Erfahrung weiß, was das bedeutet hätte, kann das Grauenhafte der Möglichkeit einer solchen Situation ermessen.

Den gleichen Gedanken noch einmal denken zu müssen, bevor demacht uns der 26. Februar 1912. Mit beispielloser Schnelligkeit sind die Schienen gestreckt, und jetzt erst können wir uns als die wirklichen Besitzer des weiten ostafrikanischen Landes fühlen.

Ihre wirtschaftliche Wirkung wird der militärisch-politischen Bedeutung nicht nachstehen. Das wird eine nahe Zukunft zeigen. Das beweist der Bezirk Morogoro, in dem, seit der erste Abschnitt der Bahn ihn erreichte, im Verlaufe weniger Jahre, weit über 50 europäische Unternehmungen entstanden sind.

Jetzt ist in Tabora die alte Handelszentrale des ganzen mittleren Afrika dem Verkehr erschlossen. Der Ort aber ist das nicht mehr, was er vor einem halben Jahrhundert war, als noch Eisenbahn und Sklaven seinen Fortschritt erfüllten. Mit der Unterbindung des Menschenhandels war seine Bedeutung dahin. König Leopolds Kongopolitik gab ihm den Rest, und die Abgababahn tat ein übriges. Trotzdem hielt ihn immer hier ein gewisser Verkehr, der eine dauernde umfangreiche Ansammlung farbiger Bewohner zur Folge hatte. Manches wird zurückgewonnen werden; bestimmt ein großer Teil dessen, was bislang der englische Schienenweg abgelenkt. Aber selbst, wenn die Kongokonsole ihre Grenzen ehrlich wieder öffnen wollte, — das, was Tabora dereinst war, wird es nie wieder werden.

Wollte man, in dem Glauben an eine besonders glänzende zukünftige Entwicklung befangen, Tabora zur Hauptstadt von Ostafrika erheben, so würde man einen Fehler begehen. Gewiß, die Hauptstadt einer Kolonie, die eine Bedeutung erlangt hat, wie Ostafrika, darf mit ihren Archiven und Depots nicht dauernd unter den Geschüßen jeder beliebigen fremden Flotte liegen.

Daresalam wird seinen Platz einmal räumen müssen. Aber keine Ueberleitung! Tabora liegt in einer Talenke, ungeeignet für eine größere Ansammlung von Europäern. Die neue Hauptstadt aber muß einmal dort angelegt werden, wo der Beamte möglichst lange ohne tropische Schädigung weilen kann, wo sie sich süßen kann auf eine Dauerfestigkeit europäischer Einwanderer.

Man warte doch erst einmal die Wirkung der neuen Bahn auf das Land ab! In wenigen Jahren wird sich manches geklärt haben.

Hans Meyer klagt in seinem neuesten Reisebericht über erneute widerrechtliche belgische Abwehrmaßnahmen. Rücksichtslos muß hier die neue Regierung eingreifen; denn die Bahn strebt schon weiter, dem Tanganjika zu. Ehe noch mehr als zwei Jahre ins Land gegangen sind, wird der erste deutsche Eisenbahnzug am Seeufer halten.

Wohl brauchen wir die Linie auch, um unser eigenes Gebiet zu entwickeln, um die vorkriegsigen Bezirke von Urundi und Ruanda dauernd dem deutschen Einfluß zu sichern. Aber hauptsächlich rechnet die Bahn auf Fruchtzufuhr aus der Kongokolonie, aus dem Minengebiet von Katanga, zum wenigsten aus dessen nördlichen Teilen, die uns zufallen muß, wenn nicht vertragswidrige Maßregeln es verhindern.

So sind wir durch die Mittelbahn mit dem belgischen Kongokolonie verbunden. An dieser fast 1000 Kilometer langen deutsch-belgischen Grenze müssen und können wir einen ganz bedeutenden wirtschaftlichen Einfluß und Gewinn suchen; und werden ihn erlangen, wenn den internationalen Verträgen Geltung verschafft wird.

Nicht in dem Sumpfs- und Urwaldgebiet des Westens liegt der Wert des Kongobeckens. Nicht sind es Eisenstein und Gummi, die eine Zukunft versprechen. Der Elefant ist bald dahin, und der widwägige Raubtier hat bei der raschen Entwicklung der Gummipflanzungen in Amerika, Asien und Afrika nur noch einen zeitlich sehr beschränkten Wert. Da liegt der Reichtum, wo am Südwestufer des Tanganjika sich die reichsten Minengebiete Afrikas entwickeln. Dort müssen wir mitreden, mitabdahlen können. Von ihnen darf keine englische Kapfabrik, die territoriale Ansprüche macht, uns trennen.

Dahin aber geht, seit Cecil Rhodes den kühnen Plan in die Welt schleuderte, das englische Streben. Für ihn war die Kapfabrik nur der Deckmantel zur Erfüllung des Wunsches, die territoriale Verbindung zwischen Kapland und Ägypten zu erreichen, und uns abdrängen von dem ausdehnungsreichsten Teile des Kongobeckens. (Schluß folgt.)

Ein Sprung ins Dunkle.

Seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, die Lebensversicherung an die landwirtschaftlichen Kreditinstitute anzuschließen und eine Art öffentlich rechtliches Versicherungsmonopol auf diesem Gebiet zu schaffen. Die Bewegung geht von Süddeutschen aus, wo Generallandwirtschaftsdirektor Dr. Kapp ein Lebensversicherungsanstalt der Süddeutschen Landwirtschaft ins Leben gerufen hat. Ursprünglich handelte es sich darum, mit Hilfe der Lebensversicherung die Entschuldung durchzuführen. Es war dies kein neuer Gedanke, aber an die Verwirklichung war bis dahin keiner gegangen. Der ostpreussische Generallandwirtschaftsdirektor behandelte in einer sehr interessanten und lehrreichen Denkschrift die Sache und wies dabei vor allem darauf hin, welche gewaltigen Kapitalien der Landwirtschaft dadurch verloren gingen, daß die Versicherungsanstalten ihre Bestände zum erheblichen Teil nicht wieder in Hypotheken und ähnlichen Anlagen der Landwirtschaft zuführen. So wurde denn die Lebensversicherungsanstalt der ostpreussischen Landwirtschaft gegründet. Dann wieder legte sich der Generallandwirtschaftsdirektor Kapp mit den anderen Landwirtschaften in Verbindung und gründete eine Rückversicherungsanstalt. Es fand eine Beschneidung der Generallandwirtschaftsdirektoren statt, in dieser legte Generallandwirtschaftsdirektor Kapp seine Ansichten dar und nun scheint tatsächlich eine Landwirtschaft nach der anderen ihre Versicherungsanstalt zu errichten. Jetzt will auch die brandenburgische Landwirtschaft ihren Geschäftskreis auf Berlin ausdehnen und in den Konkurrenzkampf mit den hier domizilierten Privatversicherungsgesellschaften eintreten.

Die Öffentlichkeit hat alle Veranlassung, diese Entwicklung aufmerksam Augen zu verfolgen. Konkurrenz muß sich jedes Erwerbs- und Wirtschaftsunternehmens gefallen lassen. Ob nun aber gerade öffentlich rechtliche Körperschaften die Aufgabe haben, sich in den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zu begeben? Freilich, wenn es sich darum handelt, ein neues Wirtschaftsgebiet zu bearbeiten, einen Posten zu besetzen, dann sollten sie sich in den Dienst der Sache stellen. Auf dem Gebiet des Versicherungswesens aber können die Landwirtschaften, wenn sie hier ihre Betätigung suchen, nur einen Zweck verfolgen. Gedacht zu werden und Kapitalien sich nutzbar zu machen. Das wäre an sich schließlich noch ihr gutes Recht. Aber sollten primäre Gesichtspunkte die Segensreichheit des. Aber sollten primäre Gesichtspunkte die Segensreichheit des. Aber sollten primäre Gesichtspunkte die Segensreichheit des.

unbesritten ist, daß die deutschen Versicherungsgesellschaften in Solidität, Tüchtigkeit und Anpassungsfähigkeit unerreicht dastehen.

Dauch nur die Landwirtschaft entsprechende Nutzen ziehen wird? Vielleicht vorübergehend — auf die Dauer würde der Vorteil durch das Risiko aufgewogen werden. Der Grundgedanke der Verbindung der Lebensversicherung mit der Entschuldung ist zweifellos ein guter. Aber der Landwirtschaft wäre es sicher zuträglicher gewesen, wenn man sich bei dem Versuch, die Lebensversicherung zur Entschuldung zu gebrauchen, mit bestehenden Lebensversicherungen in Verbindung gesetzt hätte, um aus deren reichen Erfahrungen Nutzen zu ziehen. Die jetzigen Unternehmungen sind ein Sprung ins Dunkle, der um je bedenklicher ist, als man die Landwirtschaft für künftige Zeiten mit einem nicht geringen Risiko belaste. Nun dürfte aber anzunehmen sein, daß in dem neuen Unternehmen die Verbindung von Lebensversicherung und Entschuldung nur eine beschränkte Rolle spielen wird. Es war vielleicht nur eine hübsche Einleitung der ganzen Sache.

Der preussische Landwirtschaftsminister begünstigt die Sache, wahrscheinlich auch der Finanzminister, denn ihm bietet sich hier auf bequeme Weise die Möglichkeit, neue Anlegungen für Staatspapiere zu gewinnen. Die privaten Versicherungsgesellschaften haben lebhaft dagegen protestiert, daß der Anlagezweig auf sie ausgedehnt wird. Neue Anstalten werden den Anlagezweig schon gern in den Kauf nehmen, wenn sie die Konzession erhalten.

Dazu kommt noch, daß ab und zu der Gebanke auftaucht, ob nicht das ganze Versicherungswesen sich für das Staatsmonopol eignet. Freilich sind vielfach die Erfahrungen, die man in Italien macht, zunächst abschreckend. Wenn aber die Landwirtschaft als Schrittmacher auftreten, dann könnte vielleicht einmals die Verstaatlichung des Versicherungswesens als reife Frucht dem Staate zufallen.

Der Stand der Streikbewegung.

Von bergbaulicher Seite wird mitgeteilt: Vergleicht man die Prozentzahl der Streikenden in den einzelnen Revieren mit den bisherigen Zahlen, so zeigt sich, daß in den Revieren, in denen Militär zum Schutze der Arbeitswilligen herangezogen ist, die Zahl der Streikenden abgenommen hat. In Frage kommen die Reviere Ost- und West-Westfälischen, Dortmund 1, 2, 3. Dagegen hat in anderen, vom Militär nicht besetzten Bezirken die Zahl der Streikenden nicht unerheblich zugenommen. Auffallend stark ist die Steigerung in den Revieren Hamm (etwa 12 Prozent), Hattingen (etwa 10 Prozent) und Süd-Bodum (6 1/2 Prozent).

Der verlagene Verfall in Wattenfeld, bei dem zwei Bergleute ihr Leben einbüßten, hat sich der nächsten Aufführung. Im Gegensatz zu den ersten Mitteilungen, die das Kontor zwischen den Gestörten und dem Gen darm völlig unbegrifflich erscheinen ließen, wird nunmehr folgende Darstellung übermitteln: Donnerstag abend verfuhr mehrere Leute gegen 1/2 Uhr in das einlam liegende Haus des Kaplans Meyer einzudringen. Der Geistliche ließ die Salosse herunter, worauf gegen diese Revolvergeschosse abgegeben wurden, gleichzeitig telephonierte der Kaplan an die Polizei. Auf den Knall der Schüsse war diese jedoch schon herbeigeeilt. Der Gen darm Clemens erhielt auf sechzehn Meter Entfernung drei Revolverkugeln, die ihn im Gesicht, jedoch nicht lebensgefährlich verletzten. Er schoß nun in der Dunkelheit viermal gegen die unbefannten Angreifer aus seinem Kleinfalrigen Karabiner. Hierbei wurden die Bergleute Steinmann und Sichel getötet. Augenblicklich wurde eine Gerichtskommission am Tatort. Der Gen darm muß sich einer Operation unterziehen, da eine Kugel noch in der Wange sitzt. Die Gestörten hatten in der Trübsicht gearbeitet. Der Grund ihres Eindringens in das Haus des Geistlichen ist noch nicht klargetellt.

Der Berliner Vorwärts“ erlöst in seiner Sonnabend-Ausgabe einen Aufruf an die Arbeiterkraft Deutschlands, in dem es u. a. heißt: Seit Jahren wartet die Reaktion auf einen günstigen Augenblick, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu vernichten. Der Ausfall der Reichstagswahlen war für die Reaktion ein neues Signal zur Einleitung eines Kampfes gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Die preussische Regierung, gestützt durch das Reichsamt des Innern, hat den Bergarbeitern im Ruhrgebiet aufgewungenen Streik vom willkommnen Anlaß genommen, den Wünschen der Reaktion nachzukommen. Sie hat ein großes Militäraufgebot in das Ruhrrevier geschickt. Die Arbeiter werden aufgefordert, jetzt zu zeigen, wie gut sie diszipliniert sind.“ Dann fährt der Aufruf fort: „Die Unternehmern erheben Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade jetzt in solcher kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt hat, wie sie von dem Willen getragen ist, den Wünschen der Scharmacher nachzukommen. An die Arbeiter im ganzen Reich richten die Unternehmern das Ersuchen, sich ihrem Protest anzuschließen.“ Unterzeichnet ist der Aufruf vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Weiter wird gemeldet: Eben, 16. März. Die ziffermäßigen Nachweise aus den 19 Bergbaurevieren des Dortmunder Rückgang des bezugtes bestätigten den angeführten Rückgang des Streiks. Der Prozentsatz der Streikenden ist in 13 Bezirken zurückgegangen und hat nur in 6 Bezirken eine Zu-

nahme erfahren, die allerdings in 3 Bezirken recht erheblich ist. Der Prozentfuß der Streikenden ist von 58,20 auf 56,40 Prozent zu rücken, es streiken von einer Gesamtbelegschaft von 333.257 Mann 187.943 Mann.

Böhm. 16. März. Bei der hiesigen Polizeidirektion sind in den letzten Tagen rund 100 Strafanzeigen wegen Verdrehung, Befähigung und Angriffe auf Arbeitswillige und Ähnlicher Streikvergehen eingelaufen. Auffällig ist die starke Beteiligung der Frauen an den Straftaten. — Die Polizei hat angeordnet, daß alle Lokale, in denen sich Streikbureaus befinden, um 3 Uhr nachmittags geschlossen werden. In anderen Orten droht die Polizei den Wirten mit Entziehung der Konzession, wenn sie Streikbureaus in ihren Lokalen bilden.

Steele. 16. März. Nach einer Erklärung der Verwaltung der Jede „Eintracht“ wurde mit dem Arbeiterausschuß eine Vereinbarung getroffen, nach der die Steinholzhauer insgesamt 6 Mk. pro Tag verdienen müssen. Der Durchschnittslohn der Schlepper, Pferdetrreiber usw. wird von 3,30 auf 3,57 Mk. und der der Zimmerhauer von 4,40 auf 4,75 Mk. erhöht.

Der englische Kohlenarbeiterstreik.

London. 16. März. Verschiedene Gruben Schwaben in Gefahr vollständig zu erlaufen, da die Instandhaltungsarbeiten unterbleiben und die Pumpwerke still liegen oder nicht ordnungsgemäß bedient werden. Dauert der gegenwärtige Zustand noch einige Tage an, so wird eine große Anzahl Gruben betriebsunbrauchbar werden. Besonders gilt dies von Gruben in Northumberland und Durham. — Die Londoner Theaterdirektoren erklären, daß sie infolge des Streiks höchstens 4-500 Pfd. Sterling an Einnahmen einbringen. Auch die Eisenbahnen werden schwer getroffen. Ihre Einnahme ist ebenfalls außerordentlich gering. Sehr in Mitleidenschaft gezogen werden auch die Erntefabriken der Arbeiterorganisationen und anderer Fürsorgeinstitutionen. Sie haben wöchentlich ca. 30.000 Pfd. Sterling an Arbeitslohn zu zahlen.

London. 16. März. Die „Times“ berichten, daß der König infolge des fortwährenden Kohlenstreiks den Plan seiner Auslandsreise aufgegeben hat.

Newport. 16. März. Die Konferenz zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern wurde vorerst abgebrochen, weil die ersteren jede Notifizierung ihrer Forderungen verweigern. Es wird aber ein Streik nicht erwartet, obgleich die Kohlenpreise schon jetzt anzusehen beginnen.

Deutsches Reich.

Die Wermuth-Krise.

Keine Erbschaftsteuer. — Das Problem der Dedungsfrage.

Berlin. 16. März. (Eigene Meldung.)

Im Reichstage schwärzten gestern milde Gerüchte herum über die angebliche Demission des Reichsjustizsekretärs Wermuth und auch über eine eventuelle Erbschaftsteuer der Stellung des Reichsanwalters. Diese Gerüchte wurden, namentlich soweit sie den erkrankten Staatsmann betrafen, nicht geglaubt. Denn man weiß ja, wie groß die Kunst der konservativen Minister ist, wenn es gilt, unliebsame Vorzeichen zu beseitigen oder die Klänge springen zu lassen. Und auch von dem neuen bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn v. Hertling, dürfte man wohl annehmen, daß er, getreu den Maximen seiner Partei, die Stellung des Reichsjustizsekretärs mit unterminderten helfen werde. Nicht gleichgültig mit diesen Klatschgerüchten verhält sich die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein Communiqué, das das Vorhandensein einer Krise im Reichsjustizamt indirekt bekämpft. Insbesondere wird über die geistige Ministerkonferenz, die sich mit der Militär- und Dedungsfrage beschäftigt, mitgeteilt:

Das Problem der Dedungsfrage mußte von vornherein in Betracht werden, daß die geltenden Grundzüge der Finanzverwaltung des Reichs unüberwindlich sind. Die Forderung der Durchführung dieser Grundzüge bei der Gesundung des Reichsfinanzen weit gefördert und nicht dauernd die unumgängliche Voraussetzung guter Finanzwirtschaft. Demgemäß ergab sich bei der Höhe der für die Wehrvermögen erforderlichen Summen die Notwendigkeit, neue Einnahmen für das Reich zu erschließen. Hierbei hat erfreulicherweise auch bei der Besprechung des Reichsanwalters mit den bundesstaatlichen Ministern Einmütigkeit geherrscht.

Bei der Wahl der neuen Dedungsmittel mußte entgeltlicher Wert darauf gelegt werden, einen Boden zu finden, auf den sich die Bundesregierungen womöglich einmütig stellen konnten. Die Geschlossenheit der Bundesregierungen bei der Einbringung der neuen Steuerentwürfe ist ein moralischer Faktor, der angesichts der Zerstückelung, die durch die Finanzreform in unserem Volke hervorgerufen worden ist, von besonderer Bedeutung ist. Daß keine neue Belastung von Konsum und Verkehr in Aussicht zu nehmen war, stand von vornherein fest. Ebenfalls konnte aus bekannten Gründen daran gedacht werden, eine Reichsvermögens- oder Reichsfinanzsteuer vorzuschlagen.

Die Wiederaufnahme der Erbschaftsteuer begegnete den Bedenken, die sich aus der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages ergeben. Die Stimmung der Parteien ist auch heute noch weit entfernt von der Beruhigung der letzten Steuerkämpfe so weit entfernt, daß eine einseitige Aktion der bürgerlichen Parteien für die Wehrvermögen und ihre Dedung möglich erscheint, wenn die Erbschaftsteuer dabei herangezogen wird. Die Aufgabe der Regierung war es offenbar, nicht alte Spaltungen aufs neue aufzureißen, sondern die Parteien bei der Lösung der vorliegenden nationalen Aufgabe zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen.

Es erwägen wir, als sich eine auch den bisher dissentierenden Parteien annehmbare Mobilisierung der Erbschaftsteuer finden ließ. Es konnte daran gedacht werden, der Erbschaftsteuer einen individuellen Charakter zu geben und im Zusammenhang hiermit die Einzelstaaten zu gewissen Einschränkungen zu zwingen, indem die Erbschaft für das Reich zu machen, ein Weg, der sich aber nicht als gangbar erwies. Auch wäre man auf diesem Wege Gefahr gelaufen, den alten Streit zu verschärfen und doch kein positives Ergebnis zu erzielen.

Dagegen ergab es sich jetzt möglich, auf einem anderen Wege einen Gegenstand klarer politischer Haltung aus

dem Wege zu räumen, indem man die fehlenden Mittel dadurch beschafft, daß man auch den Konjunkturspiritus der vollen Verbrauchsausgabe unterwirft. Die Aussicht, hierzu auch die Zustimmung des Reichstages zu erhalten, erscheint um so größer, als die Aushebung der vielbesprochenen „Wermuth-Krise“ die Annäherung der bürgerlichen Parteien sicherlich befördern würde.

Zugleich lassen sich auf diesem Wege die dringenden Bedürfnisse der jetzigen Wehrvermögen befriedigen, ohne daß weitergehenden Wünschen wegen späterer qualitativer Verbesserung unseres Steuerrechts vorgerechnet war.

Mit der Aushebung der Brantmetallbesgabe wird die Eintheilung ebenfalls einverstanden sein. Wie sie sich vollziehen soll, bleibt abzuwarten. Aber die Besagte ist zu wichtig, als daß sie die hohen Kosten der Wehrvermögen allein decken könnte. Offenbar soll der größte Teil dieser Kosten auf die Ueberflüsse des laufenden Etats übernommen werden, ganz im Gegensatz zu den Vorschlägen des Reichsjustizsekretärs Wermuth. Die Hauptlaste ist, daß die Erbschaftsteuer verworfen wird. Was zur Begründung dieses Beschlusses gesagt wird, ist einerseits, daß das Zentrum hat vollständig gestimmt, auf der anderen Seite, daß die Wermuth-Krise nunmehr als ausgemacht gelten.

Heeresvorlage und Friedensstärke.

(Von unserm *Mitarbeiter.)

In ihrer jetzigen, anheimelnd endgültigen Fassung sieht die Heeresvorlage — Mitteilungen zuverlässigster Art an die „Mil.-pol. Korrespondenz“ zufolge — eine allmähliche Steigerung der Friedensstärke des Heeres um rund 35.000 Mann vor. Die Steigerung schließt die 1911 bewilligten Etatserhöhungen ein und soll die im ganzen vorgezogene Höchstzahl der vermehrten Rekruteneinstellung mit dem Oktober 1916 bringen.

Die ersten Neuformationen, die am 1. Oktober 1912 gebildet werden sollen, bekommen ihre Unteroffiziere und Mannschaften durch Abgaben der bestehenden Verbände. Es würden demnach für einige Zeit die Friedensstämme bei der Infanterie, bei der Artillerie und bei den technischen Truppen schwächer als sonst sein.

Eine Altersgrenze für das deutsche Offizierkorps?

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten hat Generalleutnant v. Schach, Chef der Personalabteilung des Kriegsministeriums, bei Behandlung der Frage der Offizierpensionierungen u. a. ausgeführt: „Das Normalalter für die Beförderung zum Bataillonskommandeur ist auf 46 Jahre festgesetzt. Wir können also ältere Hauptleute nicht brauchen, schon wegen der wachsenden Anforderungen und der Fortschritte in der Technik.“ Demnach beschäftigt die bayerische Heeresverwaltung anheimelnd die für deutsche Verhältnisse neue Einführung einer Altersgrenze für Hauptleute und jüngere Stabsoffiziere. Folgerichtig müßten von den zurzeit in Bayern zum Bataillonskommandeur heranstehenden 74 Majoren kein Stab und Majoren in Kompaniechefstellung nicht weniger als 33, weil vor dem Jahre 1866 geboren, verabschiedet werden.

Man darf erwarten, daß ähnliche Erklärungen im Reichstage durch den erkrankten Herrn Kriegsminister für Preußen, Sachsen und Württemberg erfolgen; ist doch schon widerspruchlos gemeldet worden, daß in Preußen zukünftig kein General mehr mit der Führung einer Division beauftragt werden soll, der das 54. Lebensjahr überschritten hat.

Gesichtsübung bei Döberitz.

Berlin. 16. März.

Zu Ehren des österreichisch-ungarischen Generalstabschefs von Schemua und seines Geistes wurde auf Befehl des Kaisers am Freitag auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz eine große Gesichtsübung abgehalten. Die Leitung der Übung hatte General von Löwenfeld. Auf Seiten einer roten Partei kosteten Truppenteile der Spandauer und der Berliner, bei einer blauen Partei solche der Potsdamer Garnison. Der Kaiser war ein persönliches Erscheinen verhindert. Interessant gestaltete sich die Tätigkeit der Fliegeroffiziere. Beiden Parteien standen je drei Flugzeuge zur Verfügung. Die Aufgabe der Flieger war, um 6 Uhr das Döberitzer Flugfeld zu verlassen und in direktem Fluge Potsdam und Spandau zu erreichen. Die roten Flieger waren nach dem Spandauer Gezierplatz und die blauen nach dem Bornstedter Felde bei Potsdam beordert. Sämtliche Flieger lösten ihre Aufgaben glänzend und waren in der Lage, die Meldungen der Kanallerie bei weitem zu überholen. In der Kritik wurde der Flugmaschinen und ihrer Führer, unter denen sich die bekannten Flieger Leutnant Madenthus, Leutnant Braun und Leutnant Wachte befanden, besonders lobend gedacht.

Berlin. 16. März. Der Kaiser verlieh dem österreichischen Generalfeldmarschall Schemua das Großkreuz des Roten Adlerordens.

Offarrer Traub

aus Dortmund und Westfalen hatte sich seit Montag vor dem schlesischen Konfitorium in Breslau zu verantworten. In dem im Herbst eröffneten Disziplinerverfahren wurden ihm zur Last gelegt Ausführungen in seiner Prosodie „Staatschristentum oder Volkstzige“ in einer Reihe von Artikeln in der von ihm herausgegebenen Wochenchrift „Christliche Freiheit“ und schließlich in mehreren Vorträgen. Außerdem wurde Traub beschuldigt, seine vorgelegte Dienstbescheide, das Konfitorium der Provinz Westfalen, aus Anlaß der Verhandlungen über die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in Hildesbach durch zwei Artikel und einen Vortrag öffentlich beleidigt bzw. durch Verbreitung falscher Tatsachen herabgemüht zu haben. Die ersten Vernehmungen waren schon im Oktober vor dem zuständigen Konfitorium in Münster erfolgt. Aber Traub weigerte sich, die Unbefangenheit dieses Konfitoriums an. Das Konfitorium in Breslau wurde als Gerichtsinstitut gemächt. Es hat Freitag gegen Traub entschieden und hat, wie bereits gemeldet, auf Straferhebung erkannt. Die Gründe für dieses Urteil sind noch nicht bekannt.

Parlamentarisches.

Die Regelung des Verbindungswesens.

Die Handels- und Gewerbesammlungen des Abgeordnetenhauses beriet die beiden Anträge Schröder-Kassel (natl.) und Hammer (antl.) über die Regelung des Verbindungswesens. Der Antrag Schröder wurde nach einer rechtlichen Darlegung des Vertreters des Nationalvereins, daß eine reichsgerichtliche Regelung nach Artikel 4 Ziffer 13 der Reichsverfassung nicht angängig sei, mit 11 (Konservative und Zentrum) gegen 8 Stimmen (Nationalliberale, fortschrittliche Volkspartei und Freikonfessionäre) abgelehnt. Eine landesgerichtliche Regelung wurde gestreift, Anträge wurden aber nicht gestellt. Auch hier wurden erhebliche Bedenken geäußert. Dann wurde in die Beratung des Antrages Hammer eingetreten; man beschloß sich aber vor die materielle Punkte des Antrages Schröder-Kassel als Anträge zum Antrag Hammer einzubringen. Man einigte sich zunächst dahin, daß nach Änderungen der materiellen Bestimmungen des bestehenden Ministerialerlasses darüber beraten werden soll, inwiefern die Selbstverwaltungsbehörden (Gemeinden) zur Einhaltung des Erlasses gezwungen werden können und inwiefern den Handwerksämtern Rechte bei Preisfestsetzungen usw. eingeräumt werden sollen. — Man dann trat man in die Erörterung des ersten Teils des Antrages Hammer, wonach der Zuschlag nur bei „angemessenen Preisen“ erfolgen soll, ein. Die Beratung darüber wurde aber nicht zu Ende geführt. Es sollen bis zur nächsten Sitzung formulierte Vorschläge gemacht werden, wie die „angemessenen Preise“ festgelegt werden sollen und ob sie sich nur auf handwerksmäßige Arbeiter oder auch auf Großfertiger beziehen sollen. — Die nächste Sitzung findet Montag Abend statt.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages ergänzte ihre bisherigen Beschlüsse über die großen Interpellationen durch die Annahme eines Antrages Gröber (Ztr.), dessen Zweck es ist, die Interpellationen zu geben, die mit der Stellung von Interpellationen verbunden werden können, entgegenzusetzen. Die beschlossene Bestimmung lautet: „Werden Interpellationen in so großer Zahl eingebracht, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstages verhindert wird, so kann für diese der Reichstag beschließen, daß sie auf die Tagesordnung der Sitzung eines bestimmten Wochentages gelegt, und daß die Verhandlung über sie auf die Sitzungen dieser Wochentage beschränkt werden soll. Durch Beschluß des Reichstages kann die Verhandlung über eine Interpellation auch in diesem Fall an einem anderen Wochentage zugelassen werden.“ Der Antrag Gröber wurde mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Parteinachrichten.

Die konstituierende Sitzung des Zentralkomitees der nationalliberalen Partei findet am 24. März, vormittags 11 Uhr, im Reichstagsgebäude zu Berlin statt.

Heer und Flotte.

Stärke Offiziersstellen bei der preussischen Feldartillerie.

Ein höherer Offizier schreibt uns: Die bis zum Januar d. J. herabgesetzte „Deutsche Rangliste 1912“, die im Verlage von Gerhard Golling in Oldenburg i. Gr. erscheint, zeigt, daß in Preußen nicht weniger als 104 Leutnants der Feldartillerie ein fünfjähriges Soll befehlen, fehlen. Das 84 übergabliche Hauptleute auf dem gleichen Etat der Feldartillerie nach Oberanstellungsgang beziehen, aber zumeist bei der starken Offizierermehrung im Herbst Batterien erhalten werden, so muß das Offiziermangel in der preussischen Feldartillerie innerhalb der nächsten Monate direkt zu einer Katastrophe werden. Der Grund liegt in dem seit Jahren bestehenden Verbot, Jagdenjunker bei der Feldartillerie ohne besondere tatferliche Genehmigung einzustellen. In Bayern, in Sachsen und in Württemberg, wo diese „Junkerperze“ nicht besteht, übertrifft der Mittelstand an Feldartillerieleutnants den Sollbestand nicht unerheblich. Bei der preussischen Kavallerie betrug im Januar d. J. der Leutnantsüberschuß 114, d. h. fast ein Fünftel der etatsmäßigen Stärke. Es ist also wohl ohne weiteres klar, daß der Mangel zu den herrschenden Mängeln in Preußen groß genug ist, um — bei Aushebung der Junkerperze — auch der Feldartillerie ausreichenden Offiziersatz zu bieten.

Bot- und Personalnachrichten.

Berlin. 15. März. Der Kaiser besuchte heute vormittag in der Kaiser Wilhelm-Akademie einen Vortrag über die Verbesserung der Inspektionsanstalten. Später folgte der Kaiser einer Einladung zur Frühstüchtelei beim Fürsten Hensel-Dommersdorf.

Der Kronprinz von Sachsen.

Wien. 16. März. In Serajewo ist die Meldung eingetroffen, daß Kronprinz Georg von Sachsen anlässlich seiner Arikette nach Bosnien und die Herzegovina besuchen wird.

Kundgebungen für das italienische Königspaar.

Aus Rom wird gemeldet: Schüler der höheren und der Volksschulen zogen Freitag früh mit ihren Lehrern und Lehrerinnen nach dem Platz vor dem Quirinal, wo sie dem Königspaar eine kirmische Kundgebung darbrachten. Der Platz war ganz mit Kindern, die mit der Nationalfahne geschmückt waren, angefüllt war, bot in dem hellen Sonnenlicht eines herrlichen Frühlingstages ein reizendes Bild dar. Die Huldigungen waren so herzlich, daß das Königspaar sich immer und immer wieder auf dem Balkon zeigen mußte, zuletzt auf Zurufe der Menge hin mit den königlichen Kindern. Prinz Umberto schwankte seine Matrosenmütze, und die Prinzessinnen winkten mit ihren Talghändern. Das Erscheinen der Kinder verdoppelte noch die allgemeine Begeisterung. Nach den Kindern erschien auf dem Platz auch ein Zug von Bauarbeitern, welche dem Königspaar die Schuldigung des Teils der Arbeiterschaft darbringen wollten, dem der Angreifer angehörte. Der König ließ die Arbeiter durch einen Adjutanten aufordern, eine Abordnung zu ihm zu schicken. Vier Vertreter der Arbeiter wurden darauf vom König empfangen, der einem jeden der Arbeiter, die in ihren Arbeitskleidern erschienen waren, die Hand drückte. Einer der Arbeiter beteuerte, daß keiner von seinen Kollegen aus dem Maurergewerbe den Arbeiter des Attentats kenne, worauf der König erwiderte, er wisse es. Schließlich zogen

die Arbeiter unter Hochrufen ab; die Kinder folgten mit Gesang. Ferner begaben sich die rädlichen Körper schaften, geführt von dem Bürgermeister Raßan, und unter ihnen einige Sozialisten in das Palais, um dem Königsparade zu hulden. Die Kundgebungen der Populisten dauerten in allen Städten Italiens und in den italienischen Kolonien an. In Venedig wurde von Kardinal-Barratzen, der eine patriotische Rede hielt, ein Leben gelebt, dem Kapitän zur See Karpi, der Kommandant der Kaiserstadt „Hohenzollern“, mit seinen Offizieren bewohnte. — In Tripolis veranstalteten die Italiener und Araber eine große Kundgebung vor dem Schloß; General Canea erschien am dem Balkon, um zu danken. Die Notabeln der Araber, die Konjulin, die israelitische Gemeinde und die italienischen und fremden Korrespondenten haben Canea ihre Glückwünsche ausgesprochen. Am Abend wurde die Stadt illuminiert. In den Moscheen fanden Dankgebete statt. — Alle italienischen Kommandanten in Tripolis und der Cyrenaika haben zugleich im Namen der Truppen ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Genf, 16. März. Das hiesige türkische Generalkonsulat ernächtigt nicht, der von Italien in der Presse verbreiteten Nachricht entgegenzutreten, daß Jungtürken an einer angeblichen heiligen Verschwörung italienischer Anarchisten gegen das Leben des Königs Viktor Emanuel teilgenommen hätten; eine jungtürkische Organisation besteht in Genf nicht.

Ausland.

Der Krieg zwischen Italien und der Türkei.

Die Wienerblätter melden, wurden auf die Nachricht, daß ein Bombardement von Saloniki durch die italienische Flotte unmittelbar bevorstehe, mehrere Abgeordnete der Alpenländer aus dem Kreise ihrer Wähler aufgefordert, sich über die Nichtigkeit dieser Nachricht zu informieren, da große Warentransporte nach dem Inlande unterwegs seien. Sie antworteten, sie hätten sich an den Ministerpräsidenten um Auskunft über diese Nachricht gewandt. Der Ministerpräsident habe folgende Auskunft erteilt: In den Zeitungen sind allerdings sehr viele Nachrichten über ein beschichtigtes Bombardement von Saloniki aufgetaucht. Das Ministerium des Heeres hat jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß ein solcher Schritt geplant ist. Auch sonst sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß diese sehr vagen Nachrichten richtig sind.

Italiens Antwort.

Rom, 16. März. Auf eine Einladung des Ministers der äußeren Angelegenheiten San Giuliano begaben sich Freitag nachmittag die Botschafter von Frankreich, England, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie der russische Botschaftsrat einzeln auf die Konsulate, um die Antwort auf den Vorstoß der Mächte vom 9. März in Empfang zu nehmen. Von dem Inhalt der Rede ist, da eine öffentliche Auskunft verweigert wird, nur bekannt, daß er die Bedingungen nennt, unter welchen Italien die Feindseligkeiten gegen die Türkei einstellen würde.

☛ **Konstantinopel, 16. März.** Die Behörden erlassen eine Bekanntmachung, daß für nächsten Dienstag abend öffentliche Schießübungen am Bosporus stattfinden. Weitere 6 Geschütze schwerer Kalibers sind aus dem hiesigen Arsenal nach Galipolis transportiert worden.

Der heilige Krieg erklärt.

Nach einer vom 2. März datierten Meldung aus Lofaja hat der italienische Kreuzer „Rimonte“ am 29. Fe-

bruar Midibombardiert und 400 erkrankte Truppen gefolgt, die im Verein mit den Anhängern des Saib Drisch die Zitadelle angriffen und eroberten, wobei 60 türkische Soldaten, die die Belagerung bildeten, gefangen genommen wurden. Infolge des Zusammenstoßens von Saib Drisch mit den Italienern hat der Imam Yahia den heiligen Krieg erklärt und die Einwohner des Yemens aufgefordert, ihre Streiftätigkeiten zu verstopfen, den Türken zur Hilfe zu kommen, Saib Drisch zu vernichten und dem italienischen Einfall bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.

Das neue russische Flottenprogramm.

Aus Petersburg wird gemeldet: Das vom Ministerat in der Reichsduma eingebrachte neue Flottenprogramm verlangt für die auf den Staatsverleihen auszuführenden vier Panzerkreuzer 26 000 Tonnen Wasserverdrängung und 27 Knoten Geschwindigkeit. Als Armierung sind zwölf Geschütze in vier Panzertürmen vorgesehen. Die Privatwerten erhalten den Bauauftrag für vier Kreuzer von 8000 Tonnen, 36 Minenboote und zwölf Unterseeboote. Gleichgültig ist die Verlegung der Flottenbasis von Kronstadt nach Neval geplant. Der Kreuzer sollen erweitert und vertieft werden.

Frankreichs auswärtige Politik.

Die Pariser Kammer setzte die Interpellation über die auswärtige Politik fort. Ministerpräsident Poincaré führte aus:

Die Regierung sei bereit, die volle Verantwortung für ihre Politik zu übernehmen und Erklärungen abzugeben, daß die auswärtige Politik nicht schwächen, indem man Mißverständnisse fortbestehen lasse zwischen Männern, die mit verschiedenen Mitteln, aber mit demselben Idealismus ihre Pflichten als gute Franzosen getan hätten. Poincaré hat seine Freunde Caillaux, Cruppi, Weissing und Briand, dem höheren Interesse ihren Wunsch, sich auszusprechen, zu opfern. Uebrigens könne kein ehemaliger Minister Depeschen und Telegramme, die er erhalten habe, ohne Zustimmung enthalten. (Lärm.) Poincaré fügte hinzu: In der marokkanischen Frage fühle die Regierung sich losbarisch mit den früheren Kabinetten. Das Protektorat über Marokko sei das rechtmäßige Ergebnis ihrer Bemühungen.

Sozialistische Demonstrationen.

Budapest, 16. März. Freitag veranstaltete die sozialdemokratische Partei eine große Wahlrechtskundgebung. Abgeordneter Juch hielt an die Menge eine Ansprache, in der er betonte, daß die Krise nur durch Schaffung eines allgemeinen Wahlrechts gelöst werden könne. Die Menge zog vor das Magnatenpalais und nach mehreren anderen Stellen, wo Demonstrationen stattfanden. Die Polizei gestrichelte die Menge mit blanker Waffe, hierbei wurden mehrere Personen verletzt, einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Vermischtes.

Wachschiff.

Berlin, 16. März. Nach Verübung von Wachschiffungen im Betrage von 300 000 Mk. ist der 24jährige Grundstücksmakler Johannes Schröder verhaftet worden. Aus seiner Tätigkeit an einer Großbank hat er mehrere Firmen kennen gelernt, auf deren Namen er nun Wechsel in Höhe von 30—50 000 Mk. in Umlauf setzte. Im ganzen hat er so 250—300 000 Mk. erworben. Das Geld hat er in leichter Gesellschaft verjubelt.

In dem Eisenbahnunfall bei Wittenberge wird noch gemeldet: Die Unfallstelle bei Wittenberge bietet ein mühseliges Bild der Zerstörung. Sechs Lokomotiven stehen dicht aneinander geschmiegt und aus dem Gleis gerollten. Güter und Passagierwagen liegen aufeinander getürmt neben den Gleisen. Die Wagengüter sind vollständig verbrannt. 15 Wagen zerstört. Die Aufräumarbeiten sind im Gange. Auf der Unfallstelle herrscht ein furchtbarer Geruch, der von den in einem Güterzug verbrannten 22 Schweinen herrührt. Der Lokomotivführer Knopf behauptet, daß im kritischen Moment die Bremse versagt hätte.

Ankauf der kaiserlichen Thermen in Badgastein durch die Autergemeinde. Aus Badgastein wird uns berichtet: Durch den Entschluß des Kaisers Franz Josef ist es der Gemeinde Badgastein nunmehr ermöglicht, der lange ersehnten Erwerbung der kaiserlichen Thermalquellen näherzutreten. Nachdem die verschiedenen Hindernisse glücklich beseitigt wurden und auch der Landtag sowie der Landesauschuß ihre Einwilligung zum Ankauf und zu der hierfür nötigen Kapitalaufnahme beschlossen haben, steht dem Kaufabschluß, der bereits in den nächsten Tagen erfolgen dürfte, nichts mehr entgegen. Demnach geht der kaiserliche Besitz in Badgastein und Wachsenau fast seinen letzten Quallen in das Eigentum der Gemeinde Badgastein über. Die Interessen des hiesigen Kilometer entfernten Schweißkurortes Hofgastein bleiben dadurch gewahrt, daß die Marttgemeinde Hofgastein das ihr im Jahre 1900 eingeräumte unentgeltliche Servitutzrecht zur Ableitung von 950 Kubikmeter Thermalwasser innerhalb 24 Stunden aus dem Teufels des Elisabeth-Hauptbassins in Badgastein weiter beschafft, anstatt eines jährlichen Wasserjehres für dieses Quantum abgelassenen Wassers der Gemeinde Badgastein eine einmalige Abfindungssumme von 620 000 Kr. im Jahre 1916 bezahlt und sich weiter gemäß einem mit der Gemeinde Badgastein geschlossenen Uebereinkommen verpflichtet hat, den in Hofgastein derzeit befindlichen zwei Militärkurhäusern das bisher benötigte Thermalwasserquantum künftig vollkommen kostenlos beizustellen, sowie das Badewasser für das dritte zu erbauende Militärkurhaus zu einem sehr mäßigen Minimalpreise zu liefern. Durch diesen Kauf sind die beiden Kurorte Badgastein und Hofgastein vor der Gefahr bewahrt, in Zukunft vollständig einmal in die Hände einer rücksichtslosen Privatkapitalgattung zu fallen.

Wetterwarte Magdeburg

der „Magdeburger Zeitung“.

Sonnabend, 16. März, 8 Uhr morgens.

Der gestern bis zum Golf von Bisiana sich erhellende Aufklärer des nordwestlichen Tiefdruckgebietes überdeckte heute die Nordsee und das nordwestliche Deutschland. Im Dienstbezirk haben daher nachts allgemein leichte Regenfälle eingekehrt, die auch tagsüber noch fortdauern. Das Wetter ist mild. Da von Westen her bereits ein neues Tiefkeil im Anzuge ist, so haben wir nach vorübergehendem Aufklaren den Wiedereintritt von Regenfällen zu erwarten.

Meteorologische Station.

	15. März 9 Uhr abends	16. März 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	751,6	747,6
Thermometer Celsius	7,9	5,9
Rel. Feuchtigkeit	89%	94%
Wind	SE	SE

Maximum der Temperatur am 15. März: 14,1 °C.
 Minimum in der Nacht vom 15. März zum 16. März: 4,5 °C.
 Niederschlagsmenge am 15. März 7 Uhr morgens: 0,0 mm

Durch günstigen Einkauf sind wir in der Lage, grosse Quantitäten

Gardinen, Stores, Halbstores, Vitragen, Bettdecken, Gardinenstoffe

vom billigsten bis zum besten Genre so **enorm vorteilhaft** zum Verkauf zu bringen, dass wir diesem Angebot eine Kaufgelegenheit allerersten Ranges bieten.

Engl. Mull- u. Madrasstoffe
 65 cm breit, eckfarbig, moderne Muster, Meter 45 u. 70 Pf.
 130 cm breit, eckfarbig, moderne Muster, Meter 1.15 u. 1.95

3 Serien Zug-Vitragen
 crème und weiss.

Serie I mit Kurbelarbeit 2 Schals 1²⁰ M.
 Serie II reich bekrabelt 2 Schals 2¹⁰ M.
 Serie III mit Spachtelarbeit 2 Schals 2⁸⁵ M.

Kongress-Stoffe
 Kongress-Stoff 110 cm breit, bewährte Qualität, Meter 40 Pf.
 Kongress-Stoff 110 cm breit, gute Qualität, Meter 48 Pf.
 Kongress-Stoff 110 cm breit, prima Qualität, Meter 56 Pf.

Gardinen

Tüll-Gardinen Meter von 22 Pf. an.
 Tüll-Gardinen abgepasst Fenster von 1⁸⁵ M. an.

3 Serien eleg. Tüll-Gardinen
 weiche, haltbare Qualitäten

Serie I Meter 35 Pf.
 Serie II Meter 58 Pf.
 Serie III Meter 80 Pf.

Reste für Gardinen
 1—12 Meter lang
 Meter 45 68 85 Pf.

Schlafzimmer-Mulle 85 Pf.
 130 cm breit, gestopft, Meter

3 Serien eleg. Band-Stores
 mit Volant und doppeltem Band.

Serie I Stück 3²⁵ M.
 Serie II Stück 4⁵⁰ M.
 Serie III Stück 6²⁵ M.

Bettdecken

Bettdecken über 1 Bett in engl. Tüll 4,75 3,25 2,40 1⁷⁵ M.
 Bettdecken über 2 Betten in engl. Tüll 8,50 6,50 5,50 3⁷⁵ M.

Vornehme Frühjahrs-Neuheiten in Damenkonfektion, Kleiderstoffen, Damenputz und Weisswaren.

Wollene Solastoffe 1⁸⁵ M.
 ca. 128 cm breit, in d. verschiedensten Webarten
 Meter 6.25 4.60 3.00 2.50

J. LEWIN

Sola-Moquettes 3⁹⁵ M.
 ca. 128 cm breit, in grösster Muster-Auswahl
 Meter 10.00 6.75 6.25 5.25 4.90

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.



